Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt: Eine einfache Graphik, eine einfache Erkenntnis
2. Wenn die Kasse weniger zahlt: Warum Psychotherapeuten gegen Budgetierung protestieren
3. Warnung vor Reformen: Die Rentenpläne treffen eine Region besonders hart
4. Unruhe im Paradies — die Krim unter Angriff
5. Ostfronttüchtigmachung
6. Aufrüstung gegen die Industriekrise?
7. Lateinamerikaner kämpfen für Kiew – Rekrutierer locken mit hohen Zahlungen
8. Das taube, stumme und blinde Reich der Piraterie
9. Zwischen Brüssel und Moskau: Armenien ringt um seine wirtschaftliche Zukunft
10. Ican: «Geld, das zum Leben fehlt, wird für A-Waffen vergeudet»
11. Siedlerterror im Westjordanland: Nachts, wenn die Milizen kommen
12. Deutschland schiebt erstmals Afghanen ohne Vorstrafe ab – Pro Asyl sieht „moralischen Bankrott“
13. Kein Vertrauen in den Staat: Corona-Lüge komplett ausgeblendet
14. Diesseits und jenseits der „Leihschwangerschaften“: Adoptionen von Kindern in Deutschland
15. Unkabarettistische Anstalten

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt: Eine einfache Graphik, eine einfache**

Erkenntnis
In diesen Tagen erscheinen wieder viele Informationen auf dem Meinungsmarkt, die den Eindruck erwecken, mit der deutschen Wirtschaft ginge es allmählich bergauf. Einige Stimmungsindikatoren haben sich verbessert und das Statistische Bundesamt hat verkündet, die deutsche Wirtschaft sei auch im zweiten Quartal und damit zwei Quartale hintereinander gewachsen. So einfach ist es allerdings nicht.
Die Stimmungsindikatoren sind extrem anfällig für politische Meldungen und die immer wieder neu aufkeimenden Hoffnungen, wenigstens die Auseinandersetzung der USA mit dem Iran könnte bald beigelegt werden. Das, was das Bundesamt in Sachen Wachstum meldet, ist chronisch unzuverlässig, weil dem Amt allzu oft die Phantasie durchgeht (wie z. B. hier gezeigt). Schon die Zuwachsrate von 0,4 Prozent im ersten Quartal dieses Jahres findet sich in keiner Produktionsstatistik und muss daher massiv angezweifelt werden. Aber auch für die 0,2 Prozent für das zweite Quartal müssten die Zahlen für den Juni, die erst Ende nächster Woche veröffentlicht werden, sich als sehr gut erweisen.
Gegen einen sehr guten Juni sprechen allerdings die Zahlen für die Entwicklung der Erwerbstätigkeit, die heute herausgekommen sind (Abbildung).
Quelle: Relevante Ökonomik

2. **Wenn die Kasse weniger zahlt: Warum Psychotherapeuten gegen Budgetierung protestieren**
Ab 2027 soll ambulante Psychotherapie ein begrenztes Budget bei den Krankenkassen bekommen. Eine Therapeutin erklärt, ob dies weniger Therapieplätze für gesetzlich Versicherte bedeuten wird. […]
Therapeuten mit Kassenzulassung könnten auch Einkommen mit Privatpatienten und Selbstzahlern kompensieren – oder komplett zur Privatpraxis werden. Das verschärfe die Zwei-Klassen-Medizin. “Es gibt nur 10 Prozent Privatversicherte in Deutschland, das alleine ernährt die Praxen auch nicht. Und als Selbstzahler zu kommen, ist nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung machbar”, sagt sie.
Die Folge: Praxen könnten in reichere Regionen ziehen, ärmere Gegenden und Menschen würden dann außen vor bleiben. Doch das Risiko, psychisch zu erkranken, sei bei wirtschaftlich und sozial Benachteiligten höher, sagt Zellfelder-Ströder. Und eingesparte Kosten träten im Gesundheitssektor dann andernorts auf. “Wenn es sich in die Kliniken verlagert, wäre es viel teurer.” Genau wie in anderen Sozialbereichen, etwa durch Frühverrentungen, Arbeitsunfähigkeit, Produktivitätsverluste oder Suchterkrankungen.
Sie verweist auf Studien, laut denen jeder in Psychotherapie investierte Euro mehrere Euro bei anderen Gesundheitsausgaben spare, besonders wenn sie früh begonnen werden. “Wenn ein leichter Fall nicht behandelt wird, ist das Risiko höher, dass daraus

ein schwerer Fall wird", sagt sie. Daher sieht sie es kritisch, wenn es oft heiße, Psychotherapie sei nicht immer nötig oder eine Mode.
Quelle: web.de

3. **Warnung vor Reformen: Die Rentenpläne treffen eine Region besonders hart**
Die Ost-Ministerpräsidenten warnen vor Reformen zulasten älterer Menschen. Tatsächlich ist die Ausgangslage in Ostdeutschland besonders heikel.
Die Bundesregierung hat für den kommenden Herbst große Pläne. Nach der Sommerpause soll das Rentensystem umfassend reformiert werden – und damit dürften auch Einschnitte einhergehen. Geplant ist etwa, die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren abzuschaffen. Gleichzeitig sollen die Altersgrenze für die Frührente mit Abschlägen steigen und das reguläre Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Auch künftige Rentenerhöhungen sollen schwächer ausfallen.
All das träfe Rentner in Ostdeutschland besonders hart. Denn dort hängt die Alterssicherung viel stärker an der gesetzlichen Rente als im Westen.
Quelle: t-online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Mit dieser Faktenlage wird nicht nur klar, warum die Ost-Ministerpräsidenten die "Rente nach 45 Beitragsjahren" mit Zähnen und Klauen verteidigen wollen, sondern auch, dass CDU und SPD den Menschen im Osten so überhaupt nichts zu bieten haben, weil sie das Wenige auch noch wegnehmen wollen.*

dazu: **Neuer Ärger für Merz – ostdeutsche CDU-Ministerpräsidenten schreiben Renten-Brief**
Kaum ist der Personalumbau der Union weitgehend abgeschlossen, gerät Kanzler Friedrich Merz erneut unter Druck. Die ostdeutschen CDU-Ministerpräsidenten lehnen geplante Reformen bei Rente und Pflege ab.
Quelle: Welt Online

4. **Unruhe im Paradies — die Krim unter Angriff**
Die Ukraine beschießt mehr und mehr Ziele im Innern Russlands, notabene mit Waffen aus dem Westen und mit westlicher Steuerung der Drohnen und Raketen. Und seit einiger Zeit gehört auch die Krim zu den Zielen des ukrainischen Militärs. De facto verstärkt die Ukraine damit sogar den Willen der Krim-Bewohner, nicht zur Ukraine, sondern zu Russland zu gehören.
In den letzten Wochen hatte die Ukraine ihre Angriffe auf die Krim massiv verstärkt, jene Halbinsel, die seit langem ein Zankapfel zwischen Russland und der Ukraine ist. Die Angriffe mit Drohnen und Raketen haben systematisch nicht nur militärische Ziele wie Flugplätze getroffen, sondern auch Kraftwerke, Eisenbahnstrecken und Brücken.

Russische Schiffe, die Öl und Benzin transportieren, wurden in großer Zahl im Asowschen Meer östlich der Krim getroffen. Auch die Straßen, die von der Südukraine zur Krim führen, sind zu Zielen geworden. Die berühmte Kertsch-Brücke, die die Ukraine in der Vergangenheit zu zerstören versuchte, blieb jedoch vorerst verschont. Tausende Menschen haben die Krim in den vergangenen zwei Monaten über diese Brücke verlassen. Die Ukraine will angeblich die Brücke als Fluchtweg offen lassen — für diejenigen, die die Halbinsel verlassen wollen.
Quelle: Globalbridge

5. **Ostfronttüchtigmachung**
   Deutsche Rüstungskonzerne mit dunkler Vergangenheit statten Kiewer Neonazimilitärs mit Waffen aus, die Bundeswehr ignoriert historische Imperative ihres Traditionserlasses. Das sind Folgen der wachsenden Verflechtung zwischen den militärisch-industriellen Komplexen Deutschlands und der Ukraine für die Vorbereitung des nächsten großen Krieges in Europa.
   Quelle: Hintergrund
6. **Aufrüstung gegen die Industriekrise?**
   Es gibt einen merkwürdigen Widerspruch in der deutschen Politik. Während die industrielle Basis des Landes bröckelt, fließen Milliarden in die Aufrüstung. Autofabriken schließen, Panzerfabriken expandieren. Das wirkt zunächst wie die Gleichzeitigkeit zweier verschiedener Krisen. Tatsächlich gehören beide Entwicklungen zusammen.
   Denn je stärker Deutschland einen Verlust seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung fürchtet, desto stärker setzt es auf Militarisierung. Nicht zufällig folgen auch Industriepolitik, Infrastrukturinvestitionen und staatliche Ausgaben zunehmend geopolitischen Interessen. Peter Mertens beschreibt diese Entwicklung in seinem Buch „Meuterei“ als eine neue Phase des Kapitalismus, für die es bislang noch keinen Namen gibt.
   Quelle: etos.media
7. **Lateinamerikaner kämpfen für Kiew – Rekrutierer locken mit hohen Zahlungen**
   Argentiniens Justiz zerschlägt ein Netzwerk, das Kämpfer für die Ukraine angeworben haben soll. Auch in anderen Ländern läuft die Anwerbung über soziale Medien.
   Die argentinische Bundesstaatsanwaltschaft hat nach eigenen Angaben eine Organisation zerschlagen, die Menschen über soziale Netzwerke für den Kriegseinsatz aufseiten der Ukraine anwarb.
   Wie die Behörde am Montag mitteilte, wurde in der Ortschaft Tigre in der Provinz Buenos Aires eine Frau festgenommen. Ihr Partner, der ebenfalls Teil der Gruppe gewesen sein soll, setzte sich wenige Tage vor dem Zugriff nach Brasilien ab und gilt

als flüchtig. Gegen die Frau wird wegen Menschenhandels ermittelt.
Quelle: Berliner Zeitung

8. **Das taube, stumme und blinde Reich der Piraterie**
Es ist eindrucksvoll zu sehen, wie Iran mit einer äußerst disziplinierten Strategie das gesamte militärische Ökosystem der USA in Westasien demontiert.
Die ganze CENTCOM-Infrastruktur zur Unterstützung ist praktisch zum Freiwild geworden: Von teuren Frühwarnradaren bis hin zu kompletten Luftabwehrsystemen, von Hangars bis hin zu Logistikzentren, von Treibstoff- und Munitionslagern bis hin zu Basen für Vorwärtsoperationen, von Marine- und Seeüberwachungsanlagen bis hin zu Knotenpunkten für die Aufklärung und Kommunikation.
Es gibt bereits eine "Greatest Hits"-Liste über das gesamte Spektrum. Darunter befinden sich beispielsweise Tower 22 – der Operationen in at-Tanf unterstützt; der Luftwaffenstützpunkt Muwaffaq Salti –, auf dem US-Flugzeuge für verschiedene Operationen stationiert sind; Erbil im irakischen Kurdistan, das Geheimdienst- und Spezialeinsätze unterstützt; Bahrain, das, wie jeder weiß, das Hauptquartier der 5. Flotte der US-Marine beherbergt; Kuwait – ein riesiger Logistik- und Bereitstellungsraum; Katar – wo sich das Vorwärtshauptquartier des CENTCOM und der größte US-Luftwaffenstützpunkt in Westasien befinden.
Angriffe auf all diese Knotenpunkte untergraben unerbittlich den Mythos der US-amerikanischen Machtprojektion.
Quelle: Pepe Escobar auf RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Der englische Originaltext kann hier gelesen werden.*

9. **Zwischen Brüssel und Moskau: Armenien ringt um seine wirtschaftliche Zukunft**
Armenien gerät zwischen Russland und die EU: Während Moskau Importbeschränkungen erhebt, setzt Premier Paschinjan auf Annäherung an Europa. Eine Analyse.
Am vergangenen Dienstag ersuchte der armenische Premierminister Nikol Paschinjan den russischen Präsidenten Wladimir Putin in einem Telefongespräch um Unterstützung bei der Regelung von Fragen, die mit Beschränkungen für die Lieferung armenischer Erzeugnisse in die Russische Föderation zusammenhängen. Das Gespräch fand auf Initiative der armenischen Seite statt.
Paschinjan bat Putin, die russischen Einfuhrbeschränkungen der Föderalen Dienststelle für Veterinär- und Pflanzenschutzaufsicht (Rosselchosnadsor) für armenische Waren – darunter Obst, Gemüse, Blumen, Fisch und Alkohol – aufzuheben.

Der armenische Premierminister betonte, dass die Beschränkungen im Widerspruch zum armenisch-russischen vertraglichen Rahmen sowie zu den Bestimmungen der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) stehen und forderte Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme.
Quelle: Telepolis

10. **Ican: «Geld, das zum Leben fehlt, wird für A-Waffen vergeudet»**
Die Grossmächte investieren gewaltig in Atomwaffen, obwohl deren Einsatz das Leben auf der Erde weitgehend zerstören würde.
Seit Jahrzehnten bedrohen Atomwaffen die Menschheit. Selbst ein begrenzter Atomkrieg mit hundert «kleineren» A-Bomben würde das Klima unerträglich machen. Hunger und Massensterben wären die Folgen. Ein grosser Atomkrieg würde das Ende unserer Zivilisation bedeuten.
Die «Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen» (Ican) dokumentiert in ihrem neusten Jahresbericht 2026, dass die neun Staaten mit Atomwaffen im Jahr 2025 durchschnittlich 19 Prozent mehr für Atomwaffen ausgegeben haben als noch im Jahr 2024, insgesamt 119 Milliarden Dollar.
Quelle: Infosperber
11. **Siedlerterror im Westjordanland: Nachts, wenn die Milizen kommen**
Die Angriffe israelischer Siedler auf Palästinenser haben in den vergangenen Wochen eklatant zugenommen. Netanjahu profitiert davon doppelt.
I n den deutschen Medien erscheinen alle paar Tage wenig sagende Titel wie „Gewalt im Westjordanland eskaliert“. Wir heften das unter „Da unten schlagen sie sich wieder die Köpfe ein“ ab. Aber die Gewalt hat einen Namen: die israelischen Siedler, die jeden Tag palästinensische Dörfer überfallen.
Quelle: taz
12. **Deutschland schiebt erstmals Afghanen ohne Vorstrafe ab – Pro Asyl sieht „moralischen Bankrott“**
Mit einem Charterflug hat Deutschland 31 Afghanen zurück in ihr Heimatland gebracht. Sie sollen unter anderem wegen Totschlags, versuchtem Mord, Vergewaltigung oder sexuellem Missbrauch von Kindern verurteilt worden sein. Einer von ihnen hatte keine Vorstrafe.
Der Mann sei nach Abschluss seines Asylverfahrens ausreisepflichtig gewesen, sagte Dobrindt. Er habe versucht, in einem anderen europäischen Land unterzukommen, und habe sich dort illegal aufgehalten. Daraufhin sei er nach Deutschland zurücküberstellt und abgeschoben worden. „Ich halte das für richtig und sinnvoll, genau in dieser Vorgehensweise auch mit dieser Thematik umzugehen.“
Pro Asyl kritisiert „fatale Abschiebungspolitik“
Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl kritisierte den Flug als Ergebnis einer

„fatalen Abschiebungspolitik“. „Genau vor dieser Entwicklung haben wir von Beginn an gewarnt“, erklärte Pro Asyl-Geschäftsführerin Helen Rezene. Damit sei „die nächste Schranke“ gefallen.
Quelle: Welt Online

13. **Kein Vertrauen in den Staat: Corona-Lüge komplett ausgeblendet**
Das Institut FORSA hat die Deutschen repräsentativ nach ihrem Vertrauen in den deutschen Staat befragt, und die haben ehrlich geantwortet: Nur eine Minderheit von 17 Prozent traut dem Staat zu, seine Aufgaben zu machen. Das ist ein neuer Tiefstand im Verhältnis Bürger/Staat. Abgefragt wurden Dienstleistungen, die ein Staat erbringen muß. Und natürlich sind es kaputte Schulen, kaputte Straßen und die kaputte Deutsche Bahn, die den Bürgern erstrangig negativ aufgefallen sind. Der deutsche Staat schlittert langsam aber unaufhaltsam in die „3. Welt“ – Lage.
Quelle: Rationalgalerie
14. **Diesseits und jenseits der „Leihschwangerschaften“: Adoptionen von Kindern in Deutschland**
Und schon rutscht sie wieder in die Abkühlungsphase, die kurzeitig heftig aufgeflammte Debatte über „Leihmütter“, ausgelöst durch die Causa Spahn. Es war und ist dabei interessant zu beobachten, wie sich in einem Strang der Debatte zahlreiche mehr oder weniger prominente Befürworter einer Legalisierung, zumindest aber einer Öffnung der rechtlichen Regulierung der „Leihschwangerschaften“ in Deutschland zu Wort gemeldet haben. In Deutschland ist die Inanspruchnahme von „Leihmüttern“ nach dem Embryonenschutzgesetz (ESchG) und dem Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermiG) verboten,1 nicht aber der Import der im Ausland erworbenen Kindern nach Deutschland und deren Legalisierung hier bei uns.
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik
15. **Unkabarettistische Anstalten**
Die Anstalt mit Uthoff und von Wagner ist in aller Munde – sie inszeniert sich gerade als letzter Tummelplatz »unserer Demokratie«. Sie hat längst die Pfade des Kabaretts verlassen und macht Politaktivismus. Ein persönlicher Rückblick. […]
Über Jahre hat die Anstalt einen Weg beschritten, vor dem die Altvorderen des Metiers sich noch aus gutem Grunde gescheut hätten. Ob von Hildebrandt bis zu Polt: Natürlich hatten – und haben, den Polt weilt zum Glück noch unter uns – diese Kabarettisten eine Haltung. Man konnte sie greifen, wenn man deren Programme kannte, sie sich quasi verinnerlichte. Sie banden dem Publikum aber ihre Haltung nie plump auf die Nase. Ja, sie wären auch nicht auf die Idee gekommen, ihren Zuschauern irgendwelche drittklassigen Haltungsvokalisten vorzusetzen, damit die die lästige Aufgabe der Haltungsvermittlung übernehmen – das wäre unter deren kabarettistischer Würde gewesen. Oder treffender: Hätte das Kabarettistische hinter

sich gelassen, wäre als eine Spielart der Agitation verstanden worden. Bei Gerhard Polt geht es so weit, dass er Fragen zur Stoßrichtung seiner Programme, oder zu seinem Antrieb, nie konkret beantwortet, manchmal bleibt er sogar in der Rolle der von ihn gespielten Charaktere und antwortet unverbindlich. Denn ein Kabarettist, der sich erklärt, verliert seine Magie – wenn man nun Uthoff und Kollegen dabei zuschaut, wie sie im Studio sitzen und den Streit mit ihrem Sender thematisieren, dann darf man sich eines getrost klarmachen: Kabarettistisch greifen solche, die sich selbst banalisieren, ganz sicher nicht mehr – aber gut, das haben die Nämlichen vorher schon nicht mehr.
Quelle: Roberto De Lapuente auf Overton Magazin